

## Pressemitteilung zur Ratssitzung

Osnabrück, 11.12.2020

### **Krisenprofiteur\*innen zur Kasse: Umverteilung statt Sparmaßnahmen!**

Anlässlich der Haushaltsberatungen und der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2021/2022 äußert sich die Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Giesela Brandes-Steggewentz:

V.i.S.d.P.: Lars Wöllecke | Fraktion DIE LINKE, Stadt Osnabrück | Bierstraße 29/30 | 0541/3234595 | 0152/56750888 | [linkstraktion@osnabrueck.de](mailto:linkstraktion@osnabrueck.de) | <http://www.linkstraktion-os.de> | [facebook.com/linkstraktionOS](https://facebook.com/linkstraktionOS) | [Twitter: @linkstraktionOS](https://twitter.com/linkstraktionOS)

Pressemitteilung

"In diesen ungewissen Zeiten einen Doppelhaushalt für die kommenden zwei Jahre aufzustellen, ist eine ganz besondere Herausforderung. Niemand weiß, wie sich die Pandemiesituation in den kommenden Monaten entwickeln und wie die wirtschaftlichen Folgen sein werden. Wichtig ist daher, dass wir eine Debatte darüber führen, wer die Auswirkungen dieser Krise finanziert. Und hier fordern wir als LINKE deutlich die Milliardäre in die Pflicht zu nehmen. Die Vermögenskonzentration auf eine Handvoll Personen ist in der Bundesrepublik schon seit Jahren ein steigendes Problem. Jetzt in der Krise konnten diese Personen ihr Vermögen noch einmal deutlich steigern. Es braucht in der Bundesrepublik endlich eine Umverteilung von oben nach unten! Wer von der Krise profitiert, muss auch mehr Solidarität liefern. Wir machen schon jetzt deutlich, dass es in Zukunft keine dicken Sparmaßnahmen in den kommunalen Haushalten geben darf. Es braucht endlich den Blick auf die Einnahmenseite und eine Vermögenssteuer und Corona-Abgabe in Deutschland. Eigentum verpflichtet! Das Festhalten an hohen Erbpachtzinsen für Bauland darf nicht für Schuldensenkungen eingesetzt werden. Dies behindert die Entwicklung von bezahlbarem Wohnraum.

Unserer Fraktion lagen in diesen Haushaltberatungen mehrere Punkte am Herzen. Zunächst ist es wichtig, dass wir nicht gegen die Krise sparen—es braucht weiterhin starke Investitionen für unsere Stadt!

Dazu zählt für uns zum einen die nachhaltige Mobilität. Wir sind sehr froh, dass es endlich gelungen ist eine Machbarkeitsstudie für eine Stadtbahn in der Stadt und bis in den Landkreis durchzusetzen. Hier gilt auch ein besonderer Dank der Osnabrücker Stadtbahn-Initiative, die hier seit Jahren gute Arbeit leistet. Nur mit einem attraktiven Angebot an die Bevölkerung wird es uns möglich, die Verkehrsprobleme in unserer Stadt zu lösen. Eine Stadtbahn kann ein wichtiges Instrument sein, um auch Pendler\*innen den Umstieg vom PKW auf den ÖPNV zu erleichtern. Ein weiterer Punkt ist die kostenlose Schüler\*innenbeförderung. Hier braucht es endlich eine Gleichstellung der Schüler\*innen aus der Sek1 und Sek2 und der Azubi. Da sich das Land hier nicht bewegt, wie es andere Bundesländer tun, fordern wir seit Jahren entsprechende Mittel in unseren Haushalt einzustellen. Wir fordern den kostenlosen ÖPNV für alle Schüler\*innen und Azubis!

Ein weiterer Punkt ist das Projekt „Kinderfreundliche Kommune“. Entsprechende Mittel i.H.v. 50.000 € sollten in den Doppelhaushalt eingestellt werden. Mit diesem Projekt können wir Kindern mehr Partizipation und Teilhabe ermöglichen und dem Trend der steigenden Kinderarmut etwas entgegensetzen.

Um den Auswirkungen der Pandemie auf lokaler Ebene zu begegnen, ist es unbedingt erforderlich, dass der von der Gastro- und Veranstaltungsszene in Spiel gebrachte Fördertopf in den Haushalt eingestellt wird. Wir unterstützen hier deutlich den Vorstoß der SPD-Fraktion einen entsprechenden Fond i.H.v. 2,5 Millionen Euro aufzusetzen. Die Branche braucht hier vor Ort unsere direkte Hilfe, damit sie durch die Krise kommen kann - das unterstützt schlussendlich auch Künstler\*innen!

Auch eine klare Finanzierung des Osnabrücker Afrika Festival fehlte uns im Haushaltsentwurf. Wir fordern hier insgesamt 75.000 Euro für die kommenden zwei Jahre zur Planung und Umsetzung des beliebten Festivals im Jahr 2022 oder 2023.

Wichtig ist uns abschließend, dass die Stadt Osnabrück endlich ein Ausstiegsszenario für das Millionengrab FMO entwickelt. Wir brauchen keine Regionalflughäfen, die jährlich Subventionen in Millionenhöhe verschlingen. Das ist sowohl aus wirtschaftlichen Gründen, als auch aus klimapolitischen Gesichtspunkten nicht mehr zu rechtfertigen! Als Alternative zu Kurzstreckenflügen, müssen wir klimagerechte Alternativen, wie den Einsatz von Schnell- und Nachtzügen, stärker unterstützen.“